

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biestersährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dr. Müller)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Köpenickstadt, Nr. 4720.

Nr. 28.

Berlin, Mittwoch, 8. April 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Reichstagschluss? — Krise und Teuerung. — Die Festlegung des Osterfestes. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Reichstagschluss?

Am Freitag, den 27. März, ist der deutsche Reichstag in die Osterferien gegangen, und am 28. April wird er seine Verhandlungen wieder aufnehmen. Es ist geplant, dann noch etwa 14 Tage weiterzuarbeiten und darauf Sommerferien zu machen. In den zwei Wochen, die für die parlamentarische Arbeit zunächst noch vorgesehen sind, muß vor allen Dingen die Etatberatung zu Ende gebracht werden. Es liegt aber weiterhin noch eine ungewöhnlich große Menge von Entwürfen vor, die zum Teil bereits in Angriff genommen worden sind, teils noch der ersten Reifung harren. Was soll aus all diesem werden? Das ist die Frage.

In der Tagespresse wird nämlich seit einiger Zeit mit auffallendem Eifer darüber diskutiert, ob der Reichstag vor Pfingsten vertagt oder geschlossen wird. Für das deutsche Volk ist die Entscheidung nicht gleichgültig. Wird der Reichstag nämlich geschlossen, dann ist alle bisher geleistete Arbeit umsonst gewesen. Alle Vorlagen, die bisher beraten worden sind, alle Kommissionsverhandlungen sind für die Zeit und können ruhig in den Papierkorb geworfen werden. Allerdings hat die Regierung das Recht, sie später in der veränderten Fassung als neue Vorlagen wieder einzubringen. Dasselbe kann auch der Reichstag tun. Aber immerhin muß dann der Stoff erst noch einmal von vorn an beraten werden. Das bedeutet nicht nur überflüssige Zeitvergeudung, sondern auch eine Verzögerung von zum Teil recht dringenden notwendigen Reformen. Wird der Reichstag dagegen vertagt, dann bleiben alle Vorlagen und Verhandlungen der Kommission genau in dem Stande, in dem sie sich zur Zeit der Vertagung befinden. Der Reichstag kann also bei seinem Zusammentritt im Herbst die Arbeit dort fortsetzen, wo er sie jetzt verlassen hat.

Von unserm Standpunkte müßten wir es lebhaft bedauern, wenn die Regierung den Reichstag vor Pfingsten auflöse. Er hat eine Reihe von Vorlagen in Angriff genommen, deren sogleichige Erledigung dringend notwendig ist. Wir erinnern nur an die Konkurrenzklause, an das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe, an das Jugendgerichtsgesetz, an die Regelung der Verhältnisse im Gastwirtschafts- und dergl. mehr. Wenn es sich hierbei auch in der Hauptsache nicht um spezielle Arbeiterfragen handelt, so sind wir doch der Überzeugung, daß ihre Erledigung im Interesse des Volkswohls nicht weiter hinausgeschoben werden darf. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist in den letzten Jahren so gut wie gar nichts geleistet worden. Jetzt würden durch den Schluss der Session auch noch die wenigen sozialpolitischen Vorlagen, mit denen sich der Reichstag zu beschäftigen Gelegenheit hatte, wieder unter den Tisch fallen. Will vielleicht die Regierung damit zeigen, daß der Reichstag, obgleich er eine linke Mehrheit hat, in der Sozialpolitik zur Unfruchtbarkeit verdammt ist? Ein solcher Standpunkt wäre überaus kleinlich und durchaus geeignet, der Unzufriedenheit immer neues Wasser auf die Mühlen zu leiten.

Als im Jahre 1912 der Reichstag eröffnet wurde, da hieß es in der Chronik gerade mit Bezug auf die Sozialpolitik, daß die Entwicklung nicht stillstehe. Umso befremdlicher mußte es wirken, daß bei der Beratung

seines Etats der Staatssekretär Dr. Delbrück im Gegensatz dazu erklärte, daß nunmehr erst einmal eine Pause in der Sozialpolitik eintreten müsse. Sollte jetzt der Reichstag geschlossen werden, so würde die Ankündigung Dr. Delbrücks zur schlimmsten Wahrheit werden. Seit einigen Monaten sind die Bremser in der Sozialpolitik eifrig am Werke. Überall machen sie ihren Einfluß geltend, den sozialen Fortschritt zu hemmen. Das Kartell der schaffenden Stände ist offenbar schon an der Arbeit. Wir würden es bedauern, wenn sich die Regierung vollständig unter das Joch jener arbeiterfeindlichen Kreise beugte. Man in den letzten Jahrzehnten für die Arbeiterschaft manches Gute geschaffen worden sein, und wir gebendies ohne weiteres zu, ebenjodiel muß aber noch für die Zukunft geleistet werden. Wenn auch die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten gehoben, wenn auch zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter vieles gebessert worden ist, so herrschen doch noch auf vielen Gebieten Zustände, die eines Kulturvolkes unwürdig sind. Von einem wirklichen Familienleben kann beim besten Willen nicht gesprochen werden. Teils machen lange Arbeitszeiten, teils mangelhafte Wohnungsverhältnisse ein solches unmöglich. Kinder und Frauen müssen mit zum Lebensunterhalt beitragen. Die Wohnung wird zur Werkstätte. Wo kann man da von einem Familienleben reden? Wie kann man da fordern, daß endlich einmal Halt gemacht wird auf sozialpolitischen Gebiete? Im Gegenteil, unablässig muß gedrängt werden, daß der Arbeiter mehr als bisher teilnehmen kann an den Segnungen unserer fortgeschrittenen Kultur, an der er ja selbst seinen Teil mit schafft. Deshalb darf es keinen Stillstand in der Sozialpolitik geben. Wenn nun die Regierung sich jetzt dazu bringen ließe, den Reichstag zu schließen, so könnte man mit Recht darin ein Symptom dafür erblicken, daß die sozialpolitischen Bremser ihren Willen bei der Reichsregierung durchgesetzt hätten. Dagegen müssen alle wirklich volksfreundlichen Kreise energisch Stellung nehmen. Stillstand darf es nicht geben; das bedeutet Rückschritt. Vorwärts in der sozialen Reform! muß die Parole lauten, und alle Bestrebungen, die dem sozialen Fortschritt die Wege zu ebnen geeignet sind, müssen mit aller Entschiedenheit gefördert werden.

Krise und Teuerung.

An das Jahr 1913 werden die deutschen Arbeiter noch lange denken. Sind sie doch mit doppelter Rute geächtigt worden. Die geschäftliche Konjunktur hatte ihren tiefsten Stand erreicht. Hunderttausende von Arbeitern waren zu unfreiwilliger Muße verurteilt und hatten keinen Verdienst. Ebenso viele mußten sich wegen Gerabehung der Arbeitszeit oder Einlegung von Feiertagen mit geringerem Einkommen begnügen. Es war eine böse Zeit. Sie wurde noch unerträglich dadurch, daß zu gleicher Zeit die Preise für die notwendigen Lebensmittel immer höher stiegen. Sollte schon das Jahr 1912 eine erhebliche Preissteigerung mit sich gebracht, so war das Jahr 1913 noch unheilvoller. Das erkennt man deutlich aus einer im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Uebersicht über die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1913. Als Grundlage für die Betrachtung sind, wie in früheren Jahren, die Durchschnittspreise aus 17 deutschen Großstädten herangezogen. In Ostdeutschland sind dabei gerechnet die Städte Königsberg, Posen, Breslau, Stettin, Berlin und Dresden, zu Westdeutschland Magdeburg, Kiel, Altona, Hannover,

Raffel, Köln und Aachen, zu Süddeutschland Frankfurt a. M., Mannheim, Straßburg und München.

Betrachten wir zunächst die Preise für Rindfleisch, so ergibt sich, daß dieselben zum Teil weiter in die Höhe gegangen sind, wenn auch nicht in dem Maße wie im Vorjahre. Die stärkste Preissteigerung verzeichnet Kiel. Von 1912—1913 ist das Kilogramm Rindfleisch von 1,80 M. auf 1,92 M., d. h. um 12 Pf. gestiegen. In Königsberg stieg der Preis von 1,66 M. auf 1,77 M., also um 11 Pf. Im Gegensatz zum Vorjahre finden sich aber auch für eine Reihe von Städten Preisrückgänge. In Frankfurt a. M. sank der Preis z. B. von 1,90 M. pro Kilogramm auf 1,56 M., also um 34 Pf. Sonst schwanken die Abnahmen zwischen 2 und 7 Pf. Im allgemeinen verlief die Preisbewegung im Laufe des Jahres so, daß im Anfang ein Höchststand zu verzeichnen war, der im Laufe des Jahres wich und erst in den letzten Monaten wieder anstieg. Noch deutlicher tritt die Teuerung zutage, wenn man die Zahlen des Jahres 1909 mit zum Vergleich heranzieht. Dann findet man fast überall Preissteigerungen von ganz erheblicher Höhe. In Königsberg z. B. ist das Rindfleisch von 1909—1913 um 41 Pf. pro Kilogramm gestiegen, in Kiel sogar um 46 Pf. In der Mehrzahl der Städte war eine Steigerung um über 30 Pf. zu verzeichnen, und nur Frankfurt hat um 6 Pf. billigeres Fleisch.

Die Preise für Schweinefleisch haben fast durchgängig eine weitere Erhöhung erfahren, und zwar bezeichnenderweise am meisten gerade in Frankfurt a. M., wo der Preis für das Kilogramm Schweinefleisch in einem Jahr von 1,88 M. auf 2,13 M., also um 25 Pf. gestiegen ist. In Köln ist der Preis von 1,96 auf 2,12, also um 16 Pf. und in Kiel von 1,51 M. auf 1,66 M., also um 15 Pf. höher geworden. Nur in Breslau blieb der Durchschnittspreis der gleiche (1,59 M.). In Posen und Dresden wurde er nicht erheblich, d. h. nur um 2 und 3 Pf. überschritten. Fast durchgängig stand nur das erste Jahresdrittel im Zeichen allerdings recht hoher Preise. Der weitere Verlauf des Jahres brachte mit wenigen Ausnahmen starke Preisrückgänge, bis im letzten Jahresdrittel die Preise wieder vielfach etwas anogen.

Die Kalbfleischpreise gingen im Berichtsjahr mit wenigen Ausnahmen über den vorjährigen Durchschnitt hinaus, am meisten in Kiel um 22 Pf. (von 1,99 auf 2,21), in Königsberg um 21 Pf. (von 1,59 auf 1,80) und in Stettin um 15 Pf. (von 1,92 auf 2,07). Rückgänge haben sich nur für Breslau um 7 Pf. und für Aachen um 3 Pf. ergeben. In Berlin blieb der Kalbfleischpreis unverändert.

Auch für Hammelfleisch sind erhebliche Preissteigerungen zu beobachten gewesen, die im Jahresdurchschnitt in Kiel 30 Pf. (von 1,88 auf 2,18), in Straßburg 21 Pf. (von 1,92 auf 2,13), in Königsberg 19 Pf. (von 1,68 auf 1,87), in Köln 18 Pf. (von 1,93 auf 2,11), in Stettin 16 Pf. (von 1,88 auf 2,04) und in Aachen 15 Pf. (von 1,88 auf 2,03) betragen. Ein niedrigerer Durchschnittspreis ergab sich nur für Breslau um 10 Pf. und für Mannheim um 3 Pf. Auch für die zuletzt genannten Fleischarten gilt bezüglich der Preissteigerung seit dem Jahre 1909 dasselbe, was für das Rindfleisch gesagt worden ist: Eine außerordentlich starke, fast ununterbrochene Steigerung.

Die Milchpreise gingen in Mannheim um 2 Pf., in Posen, Breslau und Aachen um 1 Pf. im Jahresdurchschnitt zurück, in Altona

gingen sie um 1 Pfg. in die Höhe, in den übrigen Orten blieben sie unverändert.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die höchsten Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch sich in den westdeutschen Großstädten finden. Das Schweinefleisch stand in Süddeutschland am höchsten im Preise. Der Osten weist für alle Fleischarten, abgesehen vom Rindfleisch, die niedrigsten Preise auf. Die Milchpreise waren dort ebenfalls am geringsten, am höchsten in den süddeutschen Städten.

Eine Durchschnittsberechnung nach den Angaben von 50 preussischen Städten ergibt — nach der statistischen Korrespondenz des preussischen statistischen Landesamts — folgende Kleinhandelspreise für die wichtigsten Fleischarten.

Preise für 1 kg	Rindfleisch	Kalb-	Hammelf-	Schweine-	Rind-
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
I. Viertejahr	1913 181	204	194	180	90
	1912 170	187	178	147	77
II. "	1913 179	201	199	168	91
	1912 177	190	180	161	79
III. "	1913 182	202	200	178	91
	1912 190	201	195	177	82
IV. "	1913 188	206	197	172	91
	1912 187	203	190	184	90
Im Jahres-	1913 181	203	198	178	91
durchschnitt	1912 181	197	186	167	82

Diese Uebersicht bestätigt im allgemeinen die Ergebnisse der eben mitgeteilten Berechnungen. Die Preise einiger sonstiger wichtiger Nahrungsmittel, der Kartoffeln, Butter und Eier haben erhebliche Änderungen erfahren. Für Kartoffeln sind die Preise überall zurückgegangen. In Berlin und Frankfurt a. M. beträgt der Rückgang 3 Pfg. für 1 Kilogramm. Ebenso sind die Butterpreise allenthalben wesentlich niedriger geworden, am meisten in Breslau, nämlich um 24 Pfg. und in Aachen um 20 Pfg. Von 6 zur Berechnung herangezogenen Städten bleiben in 4 die Preise für Eier unverändert, während sie in 2 Orten um 1 Pfg. für das Stück über dem vorjährigen Durchschnittspreis blieben.

Angeichts der hohen Fleischpreise braucht man sich nicht zu wundern, daß die Zahl der getriebenen Schlachtungen im Jahre 1913 einen Rückgang erfahren hat, der zum Teil recht erheblich ist. Wenn dennoch wie dies geschehen ist, das Vorhandensein einer Leuerung gelegnet wird, so heißt dies dem Schaden auch noch den Lohn hinzufügen. Es ist amtliches Material, das die Leuerung bestätigt. Da sollten alle Abklemmungsversuche unterlassen werden. Freilich die deutschen Arbeiter und ihre Frauen, sie bedürften des amtlichen Materials nicht erst. Sie haben am eigenen Leibe erfahren, wie sehr die Lebenshaltung durch die teuren Preise erschwert wird. Für Tausende von Arbeiterfamilien ist in der jetzigen Zeit Fleisch ein Begriff, den man nur vom Hörensagen oder aus der Erinnerung kennt. Oft genug vergehen Wochen, ehe ein Stückchen Fleisch auf den Tisch kommt. Da wäre es wahrlich Zeit, Wandel zu schaffen und zu brechen mit einer Wirtschaftspolitik, die diese Leuerungswahrscheinlichkeiten hervorgerufen hat. Die Arbeiter aber müssen in den nächsten Jahren ziehen, daß sie sich einer starken Organisation anschließen, die ihnen in der Zeit schädlichen Geschäftsganges, in der Zeit der Arbeitslosigkeit über die schimmelte Not hinweg hilft, die aber außerdem allein die Gewähr bietet, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die ein einigermaßen menschenwürdiges Auskommen ermöglichen. Sinein in die Organisation ruft die Not der Zeit auch dem Gleichgültigsten in die Ohren. Gehen wir auf dem Posten, daß wir auch für uns die jetzige Zeit der Ernte ausnützen!

Die Festlegung des Osterfestes.

Schon seit längerer Zeit werden immer wieder Anregungen zur Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Tag gegeben; aber alle diese Anregungen haben bisher zu keinem Erfolg geführt, und wie der preussische Kultusminister noch im vergangenen Jahre ausführte, darf auch nicht gehofft werden, daß in absehbarer Zeit — wenigstens international — eine Festlegung des Osterfestes erreicht wird. Bekanntlich fällt jetzt der Ostersonntag auf den Sonntag, der auf den ersten Vollmond an oder nach dem Frühjahräquinoktium (Tag- und Nachtgleiche) folgt. Das Osterfest kann demnach frühestens auf den 22. März und spätestens auf den 25. April fallen. Das ist ein Unterschied von 35 Tagen, der auch beim Pfingstfest und beim Simnelshochfest hervortritt.

Aber den einfachen Wirtschaftsverhältnissen früherer Zeiten hat dies nicht viel zu bekagen; heute aber läßt diese Veränderlichkeit des Oster-

festes und damit auch des Pfingstfestes sehr unwillkommene Wirkungen aus. Wie Weihnachten so sind auch Ostern und Pfingsten zu Höhepunkten des geschäftlichen Lebens geworden. Fällt nun Ostern auf einen früheren Termin, so drängen sich die Aufträge zwischen Neujahr und Ostern sehr stark zusammen; es kommt in das gesamte Geschäftsleben eine gewisse Unbestimmtheit. In manchen Geschäftsbranchen, wo es üblich ist, daß die Reisenden den Großisten und Fabrikanten nach Neujahr mit ihren Reisen beginnen, ist es bei einem sehr frühen Ostertermin kaum möglich, die Rundschiffahrt so frühzeitig zu beenden, daß noch Aufträge für Ostern entgegengenommen werden können. In anderen Geschäftszweigen fehlt es an der Zeit, die zu Weihnachten geleerten Lager bis zu Ostern ausreichend zu ergänzen. Diese Einwirkungen machen sich nicht nur bei den Fabrikanten geltend, die für Verkaufsmagazine liefern, sondern weit darüber hinausgehend auch wieder bei Fabrikanten, die die Hilfsmaterialien liefern, bei Importeuren und Exporteuren; denn die Veränderlichkeit des Osterfestes besteht ja nicht nur in Deutschland.

Gandelskammern, Industrieverbände und andere Interessensvertretungen sowohl des Inlandes wie des Auslandes sind denn auch für eine Regelung des Ostertermins. Die einzelnen Landesregierungen scheinen einer Festlegung des Osterfestes nicht abgeneigt zu sein; desto größeren Widerstand findet aber diese Forderung in Rom beim Papst und namentlich in Rußland bei der orthodoxen Kirche. Der eifrigste Befürworter der Festlegung des Ostertermins, Professor Wilhelm Hoerster in Berlin, wußte schon vor einigen Jahren einmal die römische Kurie für diese Frage zu interessieren, und damals war auch die Kurie nicht abgeneigt der Angelegenheit näher zu treten. Zu mindelstens schien damals in Rom keine prinzipielle Gegnerchaft hervorzutreten. Nur wurde in Rom verlangt, daß sich Rußland ebenfalls einer derartigen Reform anschließen. Seit einiger Zeit scheint aber in Rom der Wind wieder umgeschlagen zu sein, und die Kurie scheint von der Festlegung des Osterfestes überhaupt nichts mehr wissen zu wollen. In Rußland löst die Forderung auf noch größeren Widerstand.

Ueber die Datumfestlegung des Osterfestes wurden schon verschiedene Forderungen aufgestellt. Die Forderung, das Osterfest auf den ersten Sonntag nach dem 21. März zu verlegen, erscheint für die nördlich gelegenen Länder mit ihrem langen Winter ungünstig. Deshalb hat wohl die Forderung die meisten Anhänger, die darauf abzielt, das Osterfest auf den ersten Sonntag nach dem 4. April zu verlegen. In diesem Falle würde das Osterfest stets zwischen dem 5. und dem 11. April gefeiert werden, es würde also in den Daten der Osterfeste nur eine Differenz von sechs Tagen entstehen. Diese Zeit könnte wohl auch für die günstige Zeit angesehen werden, weil dann in der Regel auch schon in den nördlich gelegenen Ländern wärmeres Wetter eingetreten ist. Das Osterfest kommt nämlich auch schon als Reisezeit wesentlich in Betracht. Fällt das Osterfest sehr früh und noch in eine Zeit kalter Witterung, so ist der Reiseverkehr bedeutend geringer, als wenn Ostern später und in eine Zeit fällt, in der der Frühling schon eingezogen ist. Also auch Eisenbahnen, Postverwaltungen und manche andere Verkehrseinrichtungen haben ein Interesse daran, daß das Datum des Osterfestes eine andere Regelung erfährt.

Diese letzte Frage ist aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt vermehrter oder verminderter Einnahmen für die Eisenbahnen und andere Verkehrsinstitute zu betrachten, sondern sie verdient auch Erwogen zu werden, weil dadurch für Millionen Menschen die Frage entfällt, ob sie zu Ostern ein paar Ausflüge machen können. Gerade in unserer Zeit der zunehmenden Notlosigkeit und der harten Arbeit auf allen Gebieten des Lebens kann es nicht gleichgültig sein, ob sich die Menschen während der Feiertage einen Ausflug gönnen können, oder ob sie zu Hause in der Stube oder in einer beträuerlichen Kneipe sitzen müssen.

Jedenfalls sollten die Staatsregierungen dieser Frage eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Ist es nicht möglich mit Rußland eine Lösung zu erreichen, so müßte sie eben ohne Rußland versucht werden.

Allgemeine Hundschau.

Dienstag, den 7. April 1914.

Des Karrefestes wegen ist Adaktionsklub für die nächste Nummer bereits am Donnerstagsmorgen. Die Einfender von Berichten, Veranstaltungsanzeigen usw. wollen dies freundlichst beachten.

Die Zentralratssitzung am letzten Freitag wurde vom Kollegen Hartmann mit einem warmempfundenen Nachruf auf den verstorbenen Kollegen Kammerer-Danzig eröffnet. Zu Ehren des verdienstvollen Dahingegangenen erfolgte die Verlesung von ihren Blättern. Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Kollege Hartmann ferner mit, daß der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit sich im Kurort „Wartburg“ in Eisenach befindet, und gab dem Wunsch auf baldige völlige Genesung lebhaften Ausdruck. Erster Punkt der Tagesordnung war die Beschlußfassung über einen Vertretungsvortrag. Der Verbandssekretär, Kollege Reustedt, gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit verschiedenen Versicherungsgesellschaften, um den Mitgliedern der Deutschen Gewerbevereine eine möglichst günstige Gelegenheit zum Abschluß von Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherungsverträgen zu schaffen. Die mit den Vorarbeiten betraute Kommission hat sich nach mehreren Sitzungen dahin entschieden, den Abschluß der Verträge mit der Kölnischen Glas-Versicherungs-A.G. zu empfehlen, die das weiteste Entgegenkommen gezeigt hat und daneben auch größte Sicherheit gewährt. Der Redner erläuterte dies zöhlenmäßig und empfahl den Abschluß des Vertrages zunächst auf 15 Jahre. Wenn dann eine Kündigung nicht erfolgt, so läuft es 5 Jahre weiter. Das Referat zeitigte eine rege Debatte. Der vom Kollegen Reustedt befürwortete Vorschlag der Kommission wurde einstimmig angenommen.

Sodann erstattete der Verbandssekretär, Kollege Rothhoff, den Jahresbericht über seine Tätigkeit am Reichsversicherungsamt. Infolge der Reichsversicherungsordnung läßt sich schon jetzt eine Entlastung des Reichsversicherungsamts beobachten. Es besteht aber kein Zweifel, daß im Laufe der Zeit die Tätigkeit dieser höchsten Instanz noch eine weitere Einschränkung erfahren wird. Redner ging dann auf die Vertretungen und die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts näher ein, worüber in der nächsten Nummer noch berichtet wird. Zum Schluß machte er Mitteilung über das Ergebnis der Wahlen zu den Krankenkassen und über die vom geschäftsführenden Ausschuss weiter unternommenen Schritte. Auch hierüber entpand sich eine lebhafte Aussprache, in der zum Ausdruck gelangte, daß der nächste Verbandstag der Frage der sozialen Wahlen seine besondere Aufmerksamkeit widmen müsse.

Ferner gab Kollege Reustedt noch einige interessante Ergänzungen zu seinem im Verbandsorgan bereits veröffentlichten Bericht über die Generalversammlung des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter in Düsseldorf. Kollege Raab benutzte diese Gelegenheit, dem Verbandssekretär für seine tätige Mitarbeit auf der Düsseldorfer Tagung seinen Dank abzusprechen. Kollege Hartmann gab seinem besonderen Freude Ausdruck über die bevorstehende Verlegung des Vorstandes von Burg nach Berlin, weil dadurch eine engere Fühlung mit der Verbandsleitung und den Hauptortständen der andern Gewerbevereine ermöglicht werde.

Endlich beschäftigte den Zentralrat eine Beschwerte wegen Ablehnung einer Maßregelung unter Führung durch den geschäftsführenden Ausschuss. Es handelt sich dabei um einen Kollegen, dessen Tätigkeit dollauf gewürdigt wird. Da aber eine Maßregelung im Sinne des Verbandsstatuts nicht anerkannt werden kann, mußte die Gewährung einer Maßregelung unter Führung abgelehnt werden, namentlich da der Gewerbeverein der Maschinenbauer, welchem der betreffende Kollege angehört, seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. In diesem Sinne hat auch der Zentralrat einstimmig entschieden. Der Verbandsredakteur, Kollege Lewin, machte weiterhin Mitteilung über eine von der Gesellschaft für Soziale Reform geplante Rundgebung gegen den Stillstand in der Sozialreform und ersuchte schon jetzt dafür zu sorgen, daß die in Aussicht genommene Veranstaltung auch von den Berliner Mitgliedern recht zahlreich besucht wird. Den Schluß der Sitzung bildete eine lebhafte Aussprache über die Volksversicherung. Wegen der vorgetragenen Beschwerten wird sich der geschäftsführende Ausschuss mit der Deutschen Volksversicherungs-A.G. in Verbindung setzen.

Eine große Rundgebung für Fortführung der Sozialreform veranstaltet am 10. Mai in Berlin die Gesellschaft für Soziale Reform. Prof. Dr. Franke wird das einleitende Referat über-

nehmen. Dann soll Vertretern der Angestellten und Arbeiter Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, und zum Schluss wird Staatsminister Dr. Frhr. v. Berlepsch das Ergebnis der Aussprache noch einmal zusammenfassen.

Die Bremser in der Sozialpolitik sind unermüdlich am Werke. Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat ebenfalls eine Pause in der Sozialpolitik angekündigt. Da gilt es Stellung zu nehmen und auf weiteren Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu drängen. Wir weisen deshalb schon heute auf diese recht zeitgemäße Rundgebung hin und richten insbesondere an unsere Berliner Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, sich für den 10. Mai nichts vorzunehmen, sondern unbedingt in jene Versammlung zu gehen. Unsere Organisation ist der Gesellschaft für Soziale Reform angegeschlossen, und es muß Ehrensache für uns sein, an der Veranstaltung, auf der alle schwebenden Fragen der Sozialpolitik zur Sprache kommen werden, massenhaft teilzunehmen, damit sie wichtigen und einflussvollen Protest gegen Stillstand und Rückschritt in der Sozialpolitik erheben kann.

Gegen die freien Gewerkschaften weht zur Zeit ein scharfer Wind. Nachdem vor kurzem das Schöffengericht in Wodum den alten Bergarbeiterverband als einen politischen Verein erklärt hat, ist nunmehr der Berliner Polizeipräsident Herr v. Jagow auf den Plan getreten und hat an einige Zentralvorstände von Gewerkschaften und Verwaltungen, die in Berlin ihren Sitz haben, folgende Verfügung erlassen:

„In Anwendung des § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April ersuche ich Sie, binnen 8 Tagen ein Exemplar der zurzeit gültigen Vereinsstatuten sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliederverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zunamen, des Standes und der Wohnung, einzureichen.“

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 18. Juli 1888 eine Geldstrafe von 150 Mk. oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden.

Zur Vermeidung der im § 18 a. a. O. angedrohten Strafen wollen Sie künftig von jeder Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes, sowie von jeder Aenderung der Satzung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen.“

Wenn es sich hier auch lediglich um die freien Gewerkschaften handelt, so muß doch gegen ein solches Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten ganz entschieden Protest eingelegt werden. Es soll zu gegeben werden, daß es mit der gepriesenen Neutralität der freien Gewerkschaften eine eigene Verwandtschaft hat. Sie aber rundweg als politische Vereine zu kennzeichnen, geht denn doch zu weit. Da besteht die Gefahr, daß man mit Hilfe einiger Gesetzesverordnungen schließlich auch die Deutschen Gewerksvereine oder die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine ansieht, was u. a. den Ausschluß aller Mitglieder unter 18 Jahren zur Folge haben müßte. Das ist durchaus unangelegentlich. Bei der Bewertung des Reichsvereinsgesetzes hat der damalige Staatssekretär des Innern und jetzige Reichskanzler v. Bethmann n. Sotlow erklärt, daß das Gesetz liberal gehandhabt und insbesondere jeder schändliche Eingriff gegenüber Vereinen und Versammlungen vermieden werden solle. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist ausdrücklich hervorzuheben worden, daß die Berufsorganisationen der Arbeiter nicht als politische Vereine angesehen werden sollten, und jetzt müssen wir erleben, daß der Polizeipräsident der Reichshauptstadt Forderungen stellt, aus denen hervorgeht, daß man die Arbeiterorganisationen als politische Vereine behandeln will. Dagegen muß sich jeder wenden, der Gerechtigkeitsgefühl besitzt und die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren gewillt ist. Im Reichstage muß mit aller Deutlichkeit festgelegt werden, daß das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten unangelegentlich ist. Traurig ist es aber, daß die Reichsregierung nicht von vornherein derartige Übergriffe hat unmöglich machen können.

Arbeiterbewegung. Die Tarifbewegung der Berliner Brauereiarbeiter ist doch noch zu einem friedlichen Abschluß gelangt. Nachdem bei einer erneuten Verhandlung in der Handelskammer seitens der Unternehmer noch einige Zugeständnisse gemacht worden sind, haben sich die Arbeiter zur Annahme des Tarifs entschlossen. Auch die untern Bierbrauergesellensverein und dem Gewerksverein der Fabrik- und Sandarbeiter ange-

hörenden Brauer und Brauereihilfsarbeiter haben sich mit dem Verhandlungsergebnis eingehend beschäftigt und schließlich in gemeinsamer Abstimmung einstimmig die Annahme beschlossen. — Wegen der schweren Schädigung der Geschäftsleute hat der Gewerbeinspektor in Breslau versucht, eine Verständigung zwischen der Betriebsleitung der Linke-Soffmann-Werke und den Arbeitervertretern herbeizuführen. Die Verhandlungen sind aber gescheitert, weil der Vertreter der Firma rundweg erklärte, keinerlei Entgegenkommen zeigen zu können. Unter diesen Umständen haben die Arbeiter beschlossen, den Kampf fortzuführen. — Am Neubau der Kölner Rheinbrücke waren die Arbeiter wegen Nichterfüllung der tariflichen Bedingungen in den Streik getreten. Nachdem die Firma sich den geltenden Verträgen unterworfen hat, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. — In den Sandsteingruben Schlesiens ist es zu einer Bewegung gekommen. Die Unternehmer wollen durchaus den am 1. April abgelassenen Tarif verlängert haben, worauf sich die Arbeiter aber nicht einlassen können. Es sollen, falls keine Einigung zustande kommt, die 500 beschäftigten Arbeiter ausgeperrt und dafür aus Böhmen Arbeitswillige herangeholt werden.

Der Streik der Bergarbeiter in Yorkshire (England) hat gewaltig an Ausdehnung zugenommen. Etwa 175 000 Mann sind daran beteiligt. Die Bewarlung zum Kampf haben Differenzen über die Frage des Mindestlohns gegeben. Die stattgefundenen Einigungsverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kampf sich lange hinzieht. — In Italien haben die Eisenbahnangestellten Forderungen gestellt. Sie wollen, wenn ihnen keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden, am 15. April in den Streik treten. Vorläufig werden die Verhandlungen fortgeführt.

Gegen die Eisenbahnerverbände, die nicht auf christlichem Boden stehen, entfaltet das Zentrum überall eine rege Agitation. Neuerdings ist es der 13 000 Mitglieder starke badische Eisenbahnerverband, den man aufs Korn genommen hat. Man sucht Zwietracht zu säen und gegen die Führer scharf zu machen, um dann im Krüben sitzen und den durch innere Kämpfe geschwächten Verband möglichst zu den Christlichen Herüberziehen zu können.

Als Beweis dafür dient ein Vorgang, der sich jetzt abspielt hat. Der Bezirksbeamte Holzwarth vom badischen Eisenbahnerverband, ein eifriger Fortschrittsmann, hat in einer von der Fortschrittlichen Volkspartei einberufenen Versammlung als Referent fungiert und den zahlreichen erschienenen Eisenbahnern die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten empfohlen. In der Einladung zu der Versammlung hatte man zu seinem Namen den Zusatz gemacht „Vorstandsmitglied des badischen Eisenbahnerverbandes aus Mannheim“. Dieser Zusatz ist ohne Wissen und Willen des Herrn Holzwarth gemacht worden, was durch verschiedene Zeugen öffentlich bekundet worden ist. Trotzdem begann man in der Zentrumspresse eine wilde Hebe wegen angeblicher Verletzung der Neutralität. Holzwarth wurde sogar vor das Forum einer öffentlichen Versammlung geladen, in der er sein Verhalten bedauern sollte. Den Gesallen hat er seinen Gegnern nicht getan. Bedauert hat er lediglich, daß die beanstandeten Worte hinter seinen Namen gesetzt worden sind, außerdem aber hinzugefügt: „Ich bedauere nicht, daß ich für meinen Parteifreund Muffel gesprochen habe. Auch Sie, meine Herren, werden mich nicht hindern, wenn meine Partei mich wieder ruft... dort zu erscheinen.“

Dieses mannhafte Auftreten hat von neuem den Zentrumsblätterwald in Bewegung gesetzt, was umso eigenartiger wirkt, als dieselbe Zentrumspresse kein Wortchen verliert, wenn für die Zentrumsparthei Stimmung gemacht wird. Das ist aber vielfach geschehen, wie eine von freigeitlich fortgeschrittlich gesinnten Eisenbahnern in der badischen liberalen Presse veröffentlichte Zusammenstellung deutlich zeigt. In der betreffenden Aufschrift wird an die badischen Eisenbahner das dringende Ersuchen gerichtet, sich durch das allzu durchsichtige Manöver der Zentrumspresse nicht beirren zu lassen, sondern treu auszuharren und tüchtig für den Verband zu agitieren, daß auch dieser erneute Versuch, den Verband zu sprengen, vergeblich ist. Diefem Wunsche kann man nur zustimmen, namentlich angesichts der heuchlerischen Kamofazie der Zentrumspresse, die sich in diesem Falle lediglich zum Sprachrohr der Christlichen macht.

Eine böse Entgleisung ist dieser Tage der fortschrittlichen „Königsb. Gart. Btg.“ passiert. Das Blatt veröffentlichte nämlich einen von ihrer Berliner Redaktion eingekauften Artikel, der sich mit den letzten Vorgängen im Lager der Gelben beschäftigt und auch die Gründung des Kartellverbandes erwähnt. Das Blatt macht da mit Recht einen Unterschied zwischen der Essener und der Berliner Richtung, legt aber für letztere eine Sympathie an den Tag, die wir bei einem fortschrittlichen Blatte nicht für möglich gehalten hätten. Es ist schon ein starkes Stück, von der „Unabhängigkeit von den Arbeitgeberverbänden“ zu reden, die angeblich die Eigenart der gelben Organisationen sein soll. Gerade das Gegenteil ist bekanntlich der Fall. Die Gelben, gleichviel welcher Richtung sie angehören, sind mit dem Gelbe der Unternehmer gegründet, und sie werden von ihnen auch finanziell unterstützt. Von einer Unabhängigkeit kann daher keine Rede sein. Wenn es dann um Schluß in dem Artikel heißt: „Der Liberalismus wird auf jeden Fall den der Berliner Richtung angegliederten Vereinen das größere Interesse entgegenbringen, als den bereits in freikonfessionalem Fahrwasser segelnden Essenern“, so darf wohl erwartet werden, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Wahrer Liberalismus kann der gelben Bewegung keine Sympathie entgegenbringen, er kann kein Interesse für sie haben. Nur eine unabhängige Arbeiterbewegung darf von ihm Unterstützung und Förderung erwarten.

Zur Ehre der „Königsb. Gart. Btg.“ wollen wir annehmen, daß der fragliche Artikel lediglich auf Unkenntnis der Verhältnisse in der Arbeiterbewegung zurückzuführen ist. Aber auch das ist für ein großes und sonst so angesehenes Blatt sehr bedauerlich.

Beachtliche Zahlen! Nach dem „Ministerialblatt für Medizinalangelegenheiten“ 1913 macht der Geschäftsführer des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke einige recht bemerkenswerte Angaben. Danach ist die Zahl der in den Irrenanstalten Preußens befindlichen Geisteskranken im Zeitraum 1901 bis 1911 in beachtlichem Wachstum von 78 955 auf 132 982 gestiegen. Die Frage ist unstritten, ob diese Zahlen eine wirkliche Vermehrung bedeuten, oder ob die Steigerung nur eine scheinbare ist. Die gegenamtliche Veröffentlichung erwirbt die verschiedenen Umstände, die für letztere Auffassung geltend gemacht werden, führt aber fort:

„Wenn auch diese Gründe im allgemeinen nicht in Abrede zu stellen sind, so steht es doch außer Frage, daß die moderne Kultur mit ihrem Hasten und Treiben, die größeren Aufregungen und Gemütsbewegungen, der Mißbrauch von alkoholischen Getränken und narcotischen Mitteln usw. mehr Geisteskrankheiten zur Folge haben, als dies früher der Fall war.“

Werden die Nervenkranken, Morphiumsuchtigen, Alkoholisten usw. mit berücksichtigt, so belief sich die Zahl der Verpflegten während des Jahres 1911 auf 147 143 (81 342 männl., 65 801 weibl.) Fälle. Was bezuglich der letztgenannten wichtige, vermeintliche Ursache geistiger Erkrankungen betrifft, so wurden im Jahre 1911 in den Irrenanstalten Preußens wegen „Alkoholismus“ aufgenommen 4747 Personen, 4413 männliche, 334 weibliche. Davon waren endlich belastet 822. Daneben sind auch bei den übrigen Formen von Geisteskrankheiten große Prozentfäße als Urfacher angegeben, so bei Epilepsie (4781 Zugänge) rund 29, bei „einfacher Seelenstörung“ rund 21 Prozent.

Ueber das Seilverfahren der Angestelltenversicherung im Jahre 1913 werden folgende Angaben gemacht. Im ganzen wurden 10 464 Anträge gestellt, und zwar von männlichen Angestellten 7127, von weiblichen 3337. Auf je 1000 Verdienerte kamen rund 7 Anträge. Genehmigt und begonnen wurde das Seilverfahren in 6892 Fällen, abgelehnt in 1448 Fällen, zurückgezogen wurden 759 Anträge, durch den Tod erledigt 26. Von den genehmigten Anträgen entfallen 1963 auf Jahresscheibverfahren und 4929 auf andere Seilverfahren. In 2081 Fällen (gleich 41 v. S.) erfolgte Lebensversicherung in Lunghausanstalten. Bei 1394 Fällen wurden Kuren in Sanatorien unternommen. Einweisungen in Bäder betreffen 815, in Krankenhäuser und Kliniken 178 Fälle. Zuschüsse zur Durchführung einer Kur wurden 511 mal gegeben. Die Gesamtausgaben für das Seilverfahren beliefen sich auf rund 1,5 Millionen Mark.

Gewerkevereins-Teil.

8. Aue und Umgebung. In unserer am 22. März in Bierfeld abgehaltenen Ortsverbandversammlung hat der Bezirksleiter Kollege Bernd-Dresden ein Referat über die Frage: „Warum muß der Gewerkeverein eine Kampfsorganisation bleiben?“ Der Redner schilderte anschaulich, welchen Segen unsere Organisation für die Arbeiter bereits gestiftet hat und daß unsere Grundanschauungen mehr und mehr von der gesamten Arbeiterbewegung anerkannt würden. Wenn wir auch versuchen, zunächst auf dem Wege friedlicher Verständigung unser Ziel zu erreichen, so kann uns doch auch der Kampf nicht erspart bleiben. Dieser Kampf richtet sich auf der einen Seite gegen die Scharfmacher und das sozial-rückständige Unternehmertum, auf der anderen Seite gegen die gewerkschaftlichen Organisationen, die teils aus politischen, teils aus andern Gründen ihre Angriffe gegen uns richten. Redner erläuterte dabei namentlich das rücksichtslose Vorgehen der „Genossen“, das man kürzlich in Leipzig und Lübeck hat beobachten können. Diese Art Arbeitsnachweise, wie sie jetzt im Holzgewerbe üblich sind, dienen nicht ihrem ursprünglichen Zwecke, sondern werden agitatorisch für die Verbändler ausgenutzt. Sie schaffen einen Ausnahmezustand gegen die anderen Organisationen, und auch dagegen muß entschieden Front gemacht werden. Das Ergebnis der lebhaften Aussprache bildete die Annahme einer Resolution, die dem Zentralrat zur weiteren Durchführung übermittelte werden soll. Diefelbe hat folgenden Wortlaut: „Die heutige gut besuchte Versammlung des Ortsverbandes Aue und Umgebung verurteilt auf das entschiedenste diejenigen Unternehmerrorganisationen, die sich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu mißbrauchen lassen, durch Errichtung sogenannter paritätischer Facharbeitsnachweise die Agitationsgeschäfte jener Gewerkschaften zu befördern, in dem alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Berufsangehörigen von der Vermittlung ausgeschlossen werden. Die Versammlung richtet an den Zentralrat die Aufforderung — unbeschadet der Entschiedenheit des 18. Verbandstages, die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise angustreben — unvoriglich die Reichsregierung zu ersuchen, den gesetzgebenden Körperschaften einen Entwurf vorzulegen, der diesem schmächtlichen Zustande ein Ende macht.“

Ernst Wintler, Ortsverbandsschriftführer.

8. Häßlich. In der am 28. März abgehaltenen Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Steinarbeiter Häßlich berichtete Kollege Kessler über die Schlußfahrungen der Tarifverhandlungen im Bezirk Häßlich und ferner über kommunale Wahlen. Was den ersten Punkt anbelangt, so erklärte Kollege Kessler, daß seine letzten Worte in diesem Bezirk nicht gefällige Angriffe sein sollten, daß er aber gegenwärtige Angriffe zurückweisen müsse. Er bedauerte es, daß wir, obgleich wir früher gemeinsam Verträge mit den Verbändlern abgeschlossen haben, trotzdem bei der Gründung der neuen Vereine als gelbe Gebeide bezeichnet worden seien. Das sei eine verwerfliche Kampfmethode. Wenn der Verband jetzt ein großes Geschrei mache über den abgeschlossenen Tarif, so wolle er damit nur seine Niederlage verbunkeln. Wenn nicht mehr erreicht worden ist, so treffe die Schuld den Steinarbeiterverband, der es abgelehnt habe, mit uns den Tarif gemeinsam abzuschließen. Dabei hat er 5 Wochen gebraucht, um einen neuen Tarif ein-

zureichen. Die Angriffe im „Steinarbeiter“ wies Kollege Kessler scharf zurück.

Betreffs der kommunalen Wahlen sprach der Redner die Ansicht aus, daß es unsere Pflicht als Staatsbürger und organisierte Arbeiter sei, den Gegnern zum Trotz uns an den Wahlen zu beteiligen. Folgende Resolution fand am Schluß der Versammlung einstimmige Annahme:

„Die heutige gut besuchte Mitgliederversammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß der Verbandsvorstand sowie die Vorstände der einzelnen Vereine voll und ganz ihre Pflicht getan haben. Sie spricht dem anwesenden Kollegen Kessler für seine Tätigkeit in der Bewegung ihren Dank aus und weist mit Unterstützung die Angriffe des „Steinarbeiter“ zurück, die gegen ihn und unsere Organisation gerichtet waren. Die Versammlung ist der Meinung, daß die ganze Bewegung nur dazu angefangen wurde, die gegenwärtige Organisation zu schädigen.“

Verbands-Teil.

Begrüßungskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)

Leistung über eingegangene Beiträge.

Monat März 1914.

Bauhandwerker: Königsberg 4,55. **Fabrik- und Handarbeiter:** Eberbach 15,34, Einzelmitgl. 2504 3,51. **Frauen und Mädchen:** Danzig 6,00. **Maler und Graphische Berufe:** Elberfeld 12,61, Halle 14,17, Einzelmitgl. 106 4,68. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Gagen-Erfelen 4,16. **Vergeltungsarbeiter:** Einzelmitgl. 485 und 1984 3,88, 674 4,68, 1481 4,68. **Schneider:** Einzelmitgl. 981 1,56. **Schuhmacher a. Lederarbeiter:** Duisburg 8,19, Karlsruhe 7,02, Thorn 19,99, Reiz 1,95. **Textilarbeiter:** Forst 44,77 Nürnberg 7,15, Einzelmitgl. 2315 2,34, 1878 3,12, Augsburg 1,84. **Löcher:** Einzelmitgl. 2850 1,04. **Hägarren- u. Tabakarbeiter:** Brenzlau 10,20. **Gesamter:** Einzelmitgl. 2056 und 5000 5,20. **Gesamt 192,13 Mark.**

Berlin, im April 1914.

R. Klein, Hauptkassierer.

F. Reustedt, Hauptkontrollierer.

Versammlungen.

Berlin, Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/23. Des Jahres wegen findet die nächste Sitzung erst am 22. April statt. — **Gewerkevereins-Vereinsklub (S.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Leubungsstunde 1. Verbandsklub d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. — **Sonnabend, den 11. April, Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends von 7—9 Uhr, Jahrtag im Nordwestkino, Alt-Moabit 55. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIV.** Sonnabend, den 11. April, keine Versammlung, dafür Zahlabend 8—10 Uhr, Barfußstr. 17. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter Charlottenburg.** Ortsvereinsversammlung am 11. April, abends 8 Uhr, bei Ritter, Grünstr. 10—11. Tagesordnung beifolgt.

Pankow (Maschinenbau). Sonnabend, 11. April, abends 8—9 Uhr, Zahlabend im Vereinsklub von Stader, Florstr. 7. Am 3. Osterfesttag, vom 9. April, Verabschiedung des Berliner Wäckerls in Tegel. Treffpunkt Bernauerstraße Ecke Berlinerstraße, Hauptportal.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung im Turbops Gesellschaftshaus, Bremen, Reffenstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanssen, Sandowstr. 42. — **Dessau, Gewerkevereins-Vereinsklub** jeden Mittwoch, abds. 8½—11 Uhr, Leubungsst. i. Vereinskl. „Banan“, Marktstr. — **Elberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Aufsenstr. und Erholungstr.-Ecke. — **Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-Vereinsklub).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr, Leubungsstunde im Vereinsklub, Büchstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen. — **Geisenkirch (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Distriktsklub im Vereinsklub von E. Simon, Alter Markt. — **Heaven b. Kassel.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsklub bei Böhme, 84 Uhr Ortsverbandvertreter-Sitzung bei Kofe, Heineck. — **Hamburg (Rebmerstraße).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Weill, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereins-Vereinsklub).** Jeden Donnerstag, Leubungsstunde bei Löbner in Altona, Simonsstr. 48—50. — **Hesse (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung b. Ww. Bllg. Kasse, Bahnhofsgebäude, der evang. Kirche. — **Hieselsheim (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — **Kiel (Gewerkevereins-Vereinsklub).** Die Leubungsstunden finden jeden Mittwoch abends 8—11 Uhr im Vereinsklub „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 35, statt. Gäste und ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim a. Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Leubungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im total Rehel, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich will. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub. Sitzung jed. Sonntag, abds. 9 Uhr d. Rehel u. Donnerstag 6. Winter 1. Fremdb. — **Tegel (Distriktsklub für Tegel, Vorkingwalde u. Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönbergerstraße. — **Thorn (Väcker).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Marktstr. 62. — **Wetzlar, Distriktsklub.** Jeden Donnerstag, abends von 8—10½ Uhr, Distriktsklub beim Kollegen Gänzel. — **Wetzlarfeld a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine).** Leubungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinsklub, „Rohrgarten“ Gesangstunde Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Wetzlarfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat, Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkevereine (S.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandsklub „Reinthal“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Feier

Stiftungsfeiern, Mitgliedsjubiläen usw.

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:

das lebenswähre Bild unseres verstorbenen Anwalts **Dr. M. Girsch,**

künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x68 cm groß, zum Preise von **15 Mk.** portofrei.

Zum Wohnungsschmuck für Verbandskollegen sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in feinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von **50 Pfg.**

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer **R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23** eingekandt werden.

Commerfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. bei dem Verbandskassierer **Emil Franke, Bahnhofsstr. 3,** wochentags abends 6½—8½ Uhr.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Nachquartier und Verpflegung im „Gasthof zum goldenen Rad“.

Schwelm (Westfalen). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten an Unterbringung 60 Pfg. beim Ortsverbandskassierer **Ernst Breuer, Kaiserstr. 5.**

Wartl. i. Pom. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei **Kug. Dahn, Poststraße 24, Arbeitsnachweis** daselbst.

Girschberg (Ortsverband). Die Unterbringungsstellen erhält durchreisende Gewerkevereinskollegen bei **S. Klein, Markt 8.**

Görlitz (Ortsverb.). Durchreisende Arbeitslose erh. Unterbringung bei **Lubig, Bangnerstraße 28, Seitenhaus 3. Etage.**

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterbringung im Bureau, **Völknerstraße 67.**

Sera (Ortsverband). Die Unterbringung an durchreisende Gewerkevereinskollegen wird angezahlt bei **S. Schneider, Spöckerstr. 62.**

Sirma (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterbringung beim Ortsverb.-Kassierer **P. Krumbelge, Schiffstr. 19.**

Wagburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, **Katharinenstraße 2/3 II.**

Mühlheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei **R. Müller, Sandstr. 88.**

Rothendach und Umgebung (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkevereiner beim Kollegen **Emil Pöhl, Dauterstr. 87, Kolonnenplatz 1. Schl. Verbands-Berger: Gasthof zum Aara-Schacht.**

Eisenach u. Umgebung (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer **D. Hennewitz, Neubahnstraße 54.**

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer **R. Heinrich, Breite Str. 18.**

Wachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat **Kaden, Adalbertsteinweg 71.**

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Verbandsklub „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).

Mathesau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer **Kug. Schuhr, Semlinstr. 23.**

Nowawes. Ortsverbandsgeschenk für durchreisende Kollegen bei **G. Pater, Friedr. Richpohl 13.**

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk bei dem Kassierer **Thies Ortsvereins.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterbringungsstellen in Altwasser bei **Kubold, Freiburgerstr. 29,** und in Waldenburg bei **Kempke, Gottesbergerstr. 3.** Herbergen in Altwasser: **Gasthof „Schwarzer Adler“, in Waldenburg: Serberge „Zur Heimat“.**

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Verbandsklub „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).

Strebsamen Gewerkevereiner

And folgende sechen erschiene Schriften, enthaltend die auf den letzten Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Verarbeitung unentbehrlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erhaltet vom Verbandsvorsitzenden **Karl Goldschmidt;**

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von **W. Gleichauf, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis,** von **R. Schumacher.**

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer **Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-223,** zu richten.